



Piksin & Partners

Legal Services

Tel.: +7 (495) 913-68-28

Fax: +7 (495) 913-68-48

e-mail: moskau@piksin-partners.ru

сайт: www.piksin-partners.ru

115114 Moskau, Derbenevskaya nab. 11, Geb. «B», Büro B1401

Informationsblatt

Nr. 07/2011

Nachrichten des Monats:

1.	Verwaltungsrecht	01
2.	Staatliche Behörden	01
3.	Zivilrecht	01
4.	Rechtsprechung	02
5.	Strafrecht	03

Die vorliegende Informationsausgabe beleuchtet nur einige Änderungen der Gesetzgebung. Die darin enthaltene Information ist keinesfalls allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Sollten Fragen zu den in dieser Ausgabe angesprochenen Themen auftreten, bitten wir Sie, sich an die Rechtsanwälte und Juristen unseres Büros zu wenden.

Nachrichten des Monats

1. VERWALTUNGSRECHT

- 1.1. Das Föderale Gesetz Nr. 226-FZ vom 18. Juli 2011 „Über die Änderung von Artikel 20.25 und 32.2 des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation sowie Artikel 13 des Föderalen Gesetzes ‚Über das Vollstreckungsverfahren‘“ erhöht die Mindeststrafe die Nichtbezahlung eines Verwaltungsbußgeldes (auf 1.000 Rubel).
- 1.2. Das Föderale Gesetz Nr. 199-FZ vom 11. Juli 2011 „Über die Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation“ führt den Ordnungswidrigkeitstatbestand des Verstoßes von Amtspersonen von staatlichen und kommunalen Behörde gegen das Verfahren der Prüfung von Bürgeranträgen und – beschwerden ein (Bußgeld zwischen 5.000 und 10.000 Rubel).

2. STAATLICHE BEHÖRDEN

- 2.1. Am 01. Juli 2011 wurde das Föderale Gesetz Nr. 170-FZ „Über die technische Überprüfung von Transportmitteln und die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation“, welches die Durchführung der technischen Überprüfung von Automobilen ab 2012 an private Organisationen übergibt.
- 2.2. Gemäß dem Föderalen Gesetz Nr. 196-FZ vom 11. Juli 2011 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über das Vollstreckungsverfahren‘ und Artikel 8 des Föderalen Gesetzes ‚Über die Gerichtsvollzieher‘“ wird eine Datenbank über bereits eröffnete Vollstreckungsverfahren eingerichtet, zu welcher der Zugang über das Internet erfolgen wird.
- 2.3. Das Föderale Gesetz Nr. 170-FZ vom 18. Juli 2011 „Über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation“ sieht die Schaffung eines einheitlichen Informationsnetzes für föderale Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Friedensrichter vor.

3. ZIVILRECHT

- 3.1. Mit dem Föderalen Gesetz Nr. 216-FZ vom 18. Juli 2011 „Über die Änderung des Zweiten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation“ werden die Vorschriften für den Vertrag der kommerziellen Konzession (Franchising) geändert.
- 3.2. Das Föderale Gesetz Nr. 228-FZ vom 18. Juli 2011 „Über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation hinsichtlich einer Neubestimmung der Mittel für

Die vorliegende Informationsausgabe beleuchtet nur einige Änderungen der Gesetzgebung. Die darin enthaltene Information ist keinesfalls allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Sollten Fragen zu den in dieser Ausgabe angesprochenen Themen auftreten, bitten wir Sie, sich an die Rechtsanwälte und Juristen unseres Büros zu wenden.

den Schutz der Rechte von Gläubigern bei einer Verringerung des Stammkapitals und der Änderung von Anforderungen an Wirtschaftsgesellschaften für den Fall, dass das Stammkapital nicht dem Wert der reinen Aktiva entspricht“ nimmt Korrekturen bezüglich der Prozedur für die Verringerung des Stammkapitals einer OOO (GmbH) und zum Schutz der Gläubigerrechte vor.

4. RECHTSPRECHUNG

- 4.1. Mit Beschluss Nr. 19-P vom 20. Juli 2011 „In Sachen der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften von Artikel 3 Abs. 1 und 2, Artikel 8 und Artikel 12.1 Abs. 1 des Gesetzes der Russischen Föderation ‚Über den Status der Richter in der Russischen Föderation‘ und Artikel 19, 21 und 22 des Föderalen Gesetzes ‚Über die Organe der Richtergemeinschaft in der Russischen Föderation‘ im Zusammenhang mit der Beschwerde der Bürgerin A.V. Matyuschenko“ hat das Verfassungsgericht der RF erläutert, für welche Arten von gerichtlichen Fehlern einem Richter seine Befugnisse entzogen werden können.
- 4.2. Der Beschluss Nr. 17-P des Verfassungsgerichts der RF vom 19. Juli 2011 „In Sachen der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften von Artikel 244.6 Abs. 1 S. 5 des Zivilprozessgesetzbuches der Russischen Föderation im Zusammenhang mit der Beschwerde des Bürgers C.Yu. Kakuev“ konkretisiert, in welchen Fällen das Prinzip der angemessenen Frist für die Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens als verletzt gilt.
- 4.3. Der Beschluss Nr. 16-P des Verfassungsgerichts der RF vom 14. Juli 2011 „In Sachen der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften von Artikel 24 Abs. 1 S. 4 und Artikel 254 Abs. 1 des Strafprozessgesetzbuches der Russischen Föderation im Zusammenhang mit den Beschwerden der Bürger S.I. Aleksandrin und Yu.F. Vaschchenko“ erläutert, dass im Falle des Todes eines Verdächtigen (Beschuldigten) das Strafverfahren nur mit Einverständnis seiner Verwandten eingestellt werden kann.
- 4.4. Mit dem Informationsschreiben Nr. 145 vom 31. Mai 2011 bestätigt das Präsidium des Obersten Wirtschaftsgerichts der RF die Rechtsprechungsübersicht der Wirtschaftsgerichte hinsichtlich der Prüfung von Streitigkeiten über den Ersatz von Schäden, welche durch staatliche Behörden, Behörden der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Amtspersonen verursacht wurden.
- 4.5. Am 11. Juli 2011 erging der Beschluss Nr. 54 des Plenums des Obersten Wirtschaftsgerichts der RF „Über einige Fragen der Entscheidung von Streitigkeiten aus Verträgen über Immobilien, die erst in der Zukunft gebaut oder erworben werden“.

Die vorliegende Informationsausgabe beleuchtet nur einige Änderungen der Gesetzgebung. Die darin enthaltene Information ist keinesfalls allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Sollten Fragen zu den in dieser Ausgabe angesprochenen Themen auftreten, bitten wir Sie, sich an die Rechtsanwälte und Juristen unseres Büros zu wenden.

- 4.6. Der Beschluss Nr. 52 des Plenums des Obersten Wirtschaftsgerichts der RF vom 30. Juni 2011 „Über die Anwendung der Vorschriften des Wirtschaftsprozessgesetzbuches der Russischen Föderation bei einer Überprüfung von Gerichtsentscheidungen im Zusammenhang mit neuen Tatsachen“ konkretisiert die Grundlagen für die Wiederaufnahme des Verfahren, in denen bereits eine rechtskräftige Entscheidung ergangen war.
- 4.7. Die Übersicht der Rechtsprechungsübersicht des Gerichtskollegiums des Obersten Gerichts der RF in Strafsachen für das erste Halbjahr 2011 zur Aufsichtspraxis (bestätigt durch den Beschluss des Präsidiums des Obersten Gerichts der RF vom 20. Juli 2011) fasst die Praxis einer Strafanordnung für eine Mehrzahl von Straftaten und Urteilen zusammen und betrachtet ebenfalls die Besonderheiten, die bei Strafverfahren gegen Minderjährige zu berücksichtigen sind.
- 4.8. Die Übersicht der Rechtsprechungsübersicht des Gerichtskollegiums des Obersten Gerichts der RF in Strafsachen für das erste Halbjahr 2011 zur Kassationspraxis (bestätigt durch den Beschluss des Präsidiums des Obersten Gerichts der RF vom 20. Juli 2011) erläutert einige Regeln der Qualifizierung von Straftaten und der Strafbemessung.

5. STRAFRECHT

- 5.1. Gemäß dem Föderalen Gesetz Nr. 194-FZ vom 11. Juli 2011 „Über die Änderung von Artikel 236 und 325 des Strafprozessgesetzbuches der Russischen Föderation“ kann, wenn ein Beschuldigter nicht mit der Verhandlung unter Beteiligten von Geschworenen einverstanden ist, das Strafverfahren gegen ihn abgetrennt werden.
- 5.2. Das Föderale Gesetz Nr. 253-FZ vom 21. Juli 2011 „Über die Änderung einzelner Gesetze der Russischen Föderation hinsichtlich der Verstärkung von Maßnahmen zur Verhinderung des Verkaufs von Alkohol an Minderjährige“ führt eine strafrechtliche Haftung für wiederholten Verkauf von Alkohol an Kinder ein.

Die vorliegende Informationsausgabe beleuchtet nur einige Änderungen der Gesetzgebung. Die darin enthaltene Information ist keinesfalls allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Sollten Fragen zu den in dieser Ausgabe angesprochenen Themen auftreten, bitten wir Sie, sich an die Rechtsanwälte und Juristen unseres Büros zu wenden.
